



**Stadt als Museum – thematischer Rundgang
zum Thema
„Coburg als Hochburg des Nationalsozialismus“
© 2012**



1. Teil: Stationen des Rundgangs

Standorte	Einführung in das Thema, methodische Überlegungen und Anregungen	
1. Teil	Krisenzeiten	
<p>Standort 1 Häuserfront Ecke Spitalgasse/ kleine Mauer</p> 	<p>An dieser Stelle eskalierten am 03. September 1921 („Blutsonnabend von Coburg“) die Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Anhängern der SPD und USPD, die in Folge einer Sympathiekundgebung für den am 26. August 1921 von rechtsnationalen Tätern ermordeten Zentrumsabgeordneten Mathias Erzberger entstanden waren. Durch zwei von Polizeikräften in die Menge geworfene Handgranaten wurden 20 Umstehende verletzt, von welchen einer zwei Tage nach den Ereignissen seinen Verletzungen erlag.</p> <p>Die Einführung in die Thematik und die Darstellung der Ereignisse erfolgt aufgrund der im Zusatzteil gegebenen Informationen und Erläuterungen. Weil die Fußgängerzone hier genügend Platz bietet, besteht auch Möglichkeit eines kurzen Rollenspiels. Folgende Spielsituationen sind denkbar:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein größerer Teil der Gruppe steht als Demonstrationsteilnehmer einer Minderheit von zwei oder drei Schülern in der Rolle des Polizisten gegenüber. Es kommt zu Pöbeleien, in deren Verlauf sich beide Seiten Vorhaltungen im Sinne der für das jeweilige politische Lager gängigen Klischeevorstellungen machen, wobei die entsprechenden Informationsgrundlagen selbstverständlich im Voraus gegeben werden müssten. Den Kristallisations- bzw. Ausgangspunkt der Debatte könnte der Bezug zum Mord an Erzberger bilden, • Schüler in ähnlicher Rollenverteilung erproben vor dem Hintergrund einer emotional geführten Debatte Mittel und Wege der Deeskalation. 	
<p>Standort 2 Mohrenstraße gegenüber dem Gebäude des Kaufhof</p>  		 <p>Bilder: Beschilderung der in „Straße der SA“ umbenannten Mohrenstraße und das im Jahre 1942 angebrachte Gedenkschild an den „Dritten Deutschen Tag“ vom 14. bis 15. Oktober 1922 mit dem durch die Nationalsozialisten an Stelle des traditionellen Mohrenkopfwappens eingeführten Stadtwappens.</p> <p>Der Standort steht mit einem Ereignis in Zusammenhang, das für den Aufstieg der NSDAP in Coburg und der SA allgemein entscheidende Bedeutung besaß. Es handelt sich um den „Dritten Deutschen Tag“, einem Treffen rechtsnational- völkischer Vereinigungen, das am 14. und am 15. Oktober 1922 in Coburg unter Beteiligung Hitlers und eines starken Kontingents der Münchner SA abgehalten wurde. Entsprechend dem Diktum Hitlers „Mit Coburg habe ich Politik gemacht“ besaß der „Zug nach Coburg“ (Titelbezeichnung der diesbezüglichen Passagen aus „Mein Kampf“) einen festen Platz im Feierkalender der NSDAP.</p> <p>Das Thema kann mit einer vergrößerten Wiedergabe der Bilder und einer Vorlage bzw. dem</p>

Vorlesen der unten wiedergegebenen Passage aus Hitlers „Mein Kampf“ eingeführt werden. Ohne dass der genaue Hintergrund der auf der Tafel benannten Veranstaltung erläutert zu werden braucht, können Schüler, welchen der Mohrenkopf im Coburger Stadtwappen vertraut ist, durch entsprechende Fragen folgende Zusammenhänge selbst erschließen:

- den gewaltsamen Hintergrund der genannten Veranstaltung, auf welchen die Formulierung auf der Gedenktafel hindeutet „erzwang sich Hitler ... den Marsch durch Coburg“,
- die Umbenennung der Straße von „Mohrenstraße“ in „Straße der SA“ und den Ersatz des Stadtwappens durch Schwert und Hakenkreuz in Folge der Ereignisse.

Zur genaueren Klärung der Vorgänge, der Zielrichtung und des propagandistischen Wirkungseffekts dieses „Dritten Deutschen Tages“ kann dann der Text aus „Mein Kampf“ dienen. Eine weitere Vertiefung erfolgt auf Grundlage der Zusatzinformationen.

Adolf Hitler, „Mein Kampf“: Der Zug nach Coburg im Oktober 1922.

„Völkische“ Verbände beabsichtigen, in Koburg einen sogenannten „Deutschen Tag“ abzuhalten. Ich selbst erhielt die Einladung hierzu mit dem Vermerk, daß es erwünscht wäre, wenn ich noch einige Begleitung mitbrächte. Diese Ersuchen, das ich vormittags um elf Uhr in die Hand erhielt, kam mir sehr gelegen. Schon eine Stunde später waren die Anordnungen zu einem Besuch dieses „Deutschen Tages“ hinausgegeben. Als „Begleitung“ bestimmte ich achthundert Mann der SA, die in ungefähr vierzehn Hundertschaften von München aus im Sonderzug nach dem bayerisch gewordenen Städtchen befördert werden sollten. ... Es war das erstmal, daß in Deutschland ein derartiger Sonderzug fuhr. ...

Als wir in Koburg auf dem Bahnhof eintrafen, empfing uns eine Deputation der Festleitung des „Deutschen Tages“, die uns einen als „Vereinbarung“ bezeichneten Befehl der dortigen Gewerkschaften beziehungsweise der Unabhängigen und Kommunistischen Partei übermittelte, des Inhalts, daß wir die Stadt nicht mit entrollten Fahnen, nicht mit Musik (wir hatten eine eigene zweieinviertzig Mann starke Kapelle mitgenommen) und nicht im geschlossenen Zuge betreten dürften.

Ich lehnte diese schmählichen Bedingungen sofort glatt ab, ... und erklärte, daß die SA augenblicklich in Hundertschaften antreten und mit klingendem Spiel der Musik und wehenden Fahnen in die Stadt marschieren werde. So geschah es dann auch. ...

(zitiert nach Adolf Hitler, Mein Kampf, 286 – 290. Aufl., München 1938, S. 614/ 615)

2. Teil

Die Stadt im Zeichen nationalsozialistischer Herrschaft

Standort 3
ehem. Kaufhaus
Conitzer,
Spitalgasse 19



Coburg besitzt noch zahlreiche Erinnerungsstätten jüdischen Lebens, wovon die meisten jedoch an der Peripherie der Innenstadt liegen und ohne längere Fußwege nicht zu erreichen sind. Für einen ersten Einblick in die Geschichte der jüdischen Gemeinde Coburgs ist dieser Standort wegen seiner zentralen Lage deshalb gut geeignet.

Die Fragestellung sollte zunächst darauf zielen, die herausragende Stellung dieses vierstöckigen, mit einer aufwändigen Schmuckfassade im Jugendstil versehenen Gebäudes im Ensemble der umstehenden, nicht mehr als zweistöckigen Wohn- und Geschäftshäuser deutlich zu machen. Die nächste Frage gilt dann – ebenfalls im Vergleich zur baulichen Umgebung – der möglichen wirtschaftlichen bzw. sozialen Funktion. Die wird sich bei den benachbarten Häusern aufgrund der z. T. im Erdgeschoss noch bestehenden kleineren Ladengeschäfte relativ leicht zu leicht bestimmen sein: Es handelt sich um die Heimstätten ursprünglich handwerklich orientierter Gewerbe, meist verbunden mit der Wohnung der Geschäftsinhabers in den darüber liegenden Stockwerken. Das zur Frage stehende Gebäude lässt als auffälliger architektonischer Gegenpol zur kleinbürgerlich strukturierten Umgebung dagegen zwei Nutzungsmöglichkeiten vermuten: die einer Bank, oder die eines Kaufhauses. Die hohen Stockwerke mit ihren großen, lichten Fenstern können dann als Bestätigung dafür herangezogen werden, dass es sich um letzteres handelt.

Zum besseren Verständnis dieses deutlich wahrnehmbaren architektonischen Strukturbruchs kann an dieser Stelle auf einige, für die Bauzeit (1908) charakteristische Merkmale der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eingegangen werden. In den Jahren nach der Jahrhundertwende schien die Zeit vorausgegangener wirtschaftlicher Krisen und Rückschläge endgültig überwunden, und bei steigendem Realeinkommen bestand nun auch in bisher weniger privilegierten Kreisen der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums die Chance, in einem bescheidenen Maße am wachsenden Wohlstand teilzuhaben. Dies wiederum begünstigte die Entstehung überregional organisierter Handels- und Kaufhäuser mit einem erweiterten, über die handwerklich geprägte Grundversorgung hinausgehenden Warenangebot. Damit eröffnete sich nun auch für die jüdische Bevölkerung, bisher ausgeschlossen durch ein Regelsystem altständisch- zünftischer Verbote, die Tür zum Einstieg in städtische Gewerbe.

	<p>In Coburg wurden in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg eine ganze Reihe Geschäften und Kaufhäusern in jüdischem Besitz eröffnet, das größte unter ihnen das hier bezeichnete mit seiner repräsentativen Jugendstilfassade, deren Säulenvorblendungen im oberen Teil noch deutlich die Initialen M C (für Moses Conitzer Söhne) erkennen lassen. Weitere Informationen über das Schicksal dieses Hauses und seiner Besitzer nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten sind dem Erläuterungsteil zu entnehmen.</p>
<p>Standort 4 Marktplatz vor dem Eingang zum Rathaus</p> 	<p>Coburg war die erste Stadt in Deutschland, die von einem nationalsozialistischen Stadtrat regierte wurde und von deren Rathaus eine Hakenkreuzfahne wehte. Der folgende Textauszug aus einem im Jahre 1938 erschienenen Stadtbuch wirft ein Licht auf einige wesentliche Hintergründe der nationalsozialistischen Machtübernahme in Coburg. Zum Einstieg in die Thematik kann er vorgelesen oder ausgegeben werden.</p> <p>„Im Jahre 1929 wurde ruchbar, dass dem Juden Friedmann, Direktor einer großen Coburger Fleischfabrik, der Kommerzienrattitel zugesprochen werden sollte. Der Jude hatte während der Kriegszeit und auch danach das Coburger Land auf gemeinste Weise ausgebeutet. Selbstverständlich machte gegen diese Titelverleihung die Fraktion (gemeint ist die der NSDAP) Front. Mit echt jüdischer Hinterhältigkeit drohte darauf Friedmann den städtischen Werken mit der Kündigung des Koks- und Strombezugs, wenn der Maschinenmeister Schwede (der an der Hetze gegen Friedmann maßgeblich beteiligte Führer der Coburger NSDAP) nicht seine Entlassung erhalten würde. Tatsächlich sprach die Direktorin der Werke in unglaublicher Weise die Entlassung aus. Das war das Signal! Empörung hatte die ganze Bevölkerung ergriffen. Ein von der NSDAP beantragter Volksentscheid zur Neuwahl des Stadtrates erreichte mehr als die erforderliche Stimmenzahl. Die Stadtratswahl selbst brachte den Nationalsozialisten 13 Sitze im Stadtparlament. Durch die Wahl Schwedes zum dritten Bürgermeister erhielt die Fraktion die absolute Stimmenmehrheit und damit hatte Coburg als erste Stadt im Reich eine nationalsozialistisch geleitete Stadtverwaltung.“ (Stadt Coburg Hrsg., Coburg, Bayreuth 1938, S.108)</p> <p>Allein die Diktion des Textes lässt deutlich erkennen, dass es sich hier um eine Hetzkampagne handelte, die durch Ausnutzung einer antisemitischen Grundstimmung die NSDAP zur Mehrheit führte. Bezeichnend dafür sind die in keiner Weise belegten Unterstellungen der Ausbeuterei, wie sie sich häufig gegen jüdische Geschäftsleute richteten, oder die Wahl übertreibender Adjektive wie z. B. „echt jüdische Hinterhältigkeit“, „in gemeinster“ oder in „unglaublicher“ Weise. Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt ist die besonders in der Endphase bei Republikgegnern beliebte Taktik, das seinem Wesen nach demokratisch fundierte Instrument des Volksbegehrens bzw. des Volksentscheids zweckentfremdet ins Gegenteil zu verkehren (wie z. B. auf Reichsebene das Volksbegehren gegen den Young- Plan im gleichen Jahr). Der Hinweis auf das Datum der Hissung der Hakenkreuzfahne (ein an öffentlichen Gebäuden vor 1933 noch verbotenes Symbol), die unter großer Anteilnahme der Bevölkerung am 18. Januar 1931, dem sechzigsten Gründungstag des deutschen Kaiserreichs erfolgte, ergibt die Möglichkeit, den Reichsmythos als einen typischen Bestandteil der nationalsozialistischen Weltanschauung und Propaganda zu thematisieren. Weitere Informationen über die Ergebnisse und Folgen dieser in Coburg um vier Jahre vorgezogenen „Machtergreifung“ sind dem Erläuterungsteil zu entnehmen.</p>
<p>Standort 5 Innenhof Rathaus</p> 	<p>An der Stelle des Neubaus des Sparkassengebäudes befand sich 1933 ein als „alte Herberge“ bezeichnetes Rückgebäude des Coburger Rathauses. Nach dem 9. März 1933 hatten dort die örtliche SS und SA unter weitgehender Ausschaltung der Coburger Stadtpolizei eine „Prügelstube“ oder „Folterkammer“ eingerichtet, in welchen in „Schutzhaft“ genommene Bürger qualvollen „Verhören“ ausgesetzt waren.</p> <p>Eine erste Frage könnte sich auf das Datum der Einrichtung der Folterstätte richten mit der Antworterwartung, dass mit dem Erfolg der Wahlen vom 5. März 1933 die Machtbasis für die Terrorherrschaft geschaffen worden war. Der institutionell legitimierte Terror zeigte sich in der Ausschaltung der traditionellen polizeilichen Ordnungskräfte und der Brutalität des Vorgehens. Um diese begreiflich zu machen, kann der folgende Augenzeugenbericht vorgelegt oder vorgetragen werden, den der SPD- Politiker und spätere Oberbürgermeister Christian Reichenbacher über seine Verhaftung und die folgenden „Verhöre“ am 23. Mai 1945 der Polizei zu Protokoll gab:</p>

Nach seinen Angaben wurde er am 10. März 1933 von dem früheren Kriminalbeamten Paul Seidel festgenommen und auf die Polizeiwache geschafft. Reichenbecher wurde mitgeteilt, dass er zu seinem persönlichen Schutz festgenommen worden sei. Noch am gleichen Tage wurde er von der SS in die alte 95er-Kaserne umquartiert. Nach 13 Tagen Haft erschien am 23. März SS- Sturmbannführer Rittweger in Begleitung des Polizeihauptwachmeisters Krause. Mit einem Auto fuhren sie Reichenbecher zur Vernehmung ins Rathaus. Im ersten Stock wurde dieser der SS übergeben und in die bereits erwähnte Folterkammer im 3. Stock gebracht. In diesem Raum befanden sich ca 15 bis 20 SS-Leute, die mit Ochsenziemern und Reitpeitschen ausgerüstet waren. Reichenbecher musste Mantel und Jacke ausziehen. Danach SS- Sturmbannführer Rittweger den Befehl zum Schlagen. Blindlings drochen die SS. Leute mit den Enden der Reitpeitschen, so dass Karabinerhaken auf seinem Körper aufschlugen, auf ihr Opfer ein. Als Reichenbecher am Boden lag, trat man ihn mit den Stiefelabsätzen in Bauch, Geschlechtsteil, Brust und Rücken, bis er bewusstlos war. Mit einem Eimer eiskalten Wassers wurde der Gemarterte aus der Bewusstlosigkeit wieder zurückgeholt. Um seine Schmerzensschreie dann zu unterdrücken, presste man auf seinen Mund ein Kissen, auf das sich noch zusätzlich ein SS-Mann setzte. Da Christian Reichenbecher dem Ersticken nahe war, bäumte er sich mit letzter Kraft noch einmal auf und warf den SS- Mann von seinem. Gesicht herunter. Nun aber ging die Tortur erst richtig los. Der eben geschilderte Vorgang wiederholte sich in dieser Stunde noch viermal, Reichenbecher zu einem Verhör zu Bürgermeister Faber geschleppt wurde. ... (zitiert nach Schmehle, Arbeiterbewegung, S. 229)

Dass die hier schon in den Märztagen des Jahres 1933 dokumentierte Brutalität als ein Schritt auf dem Wege zur Errichtung eines umfassenden Terrorsystems begriffen werden kann, zeigt auch die folgende Einschätzung aus einem Urteil des Landgerichtes Coburg, das an dieser Stelle ebenfalls vorgelesen werden kann:

“Straferschwerend wirkt auch, dass diese Ausschreitungen in Coburg gewissermaßen der Auftakt für all die Gräueltaten des nationalsozialistischen Regimes, die Morde des Röhmputsches 1934, der Novemberauschreitungen 1938 gegen die Juden, der Misshandlungen der KZ-Häftlinge, der Deportationen und Vernichtungen der Juden usw. waren, die unser Vaterland nicht nur ins Unglück gestürzt, sondern dem deutschen Namen auch geschadet haben.“

(Landgericht Coburg, KLS 17/50, Urteil, S. 150, zitiert nach Fromm, Coburger Juden, S. 60)

2. Teil: Informationen und Materialien

Standorte	Sachinformationen
<p>Standort 1 Häuserfront Winkel Spitalgasse/ kleine Mauer</p>	<p>Wie überall in Deutschland waren die Anfangsjahre der Weimarer Republik auch in Coburg eine Zeit des Umbruchs, der Krise und blutiger politischer Auseinandersetzung. Nach der Novemberrevolution und der Abdankung des letzten Herzogs Carl Eduard existierte das ehemalige Herzogtum zunächst als Freistaat, bis es sich durch Volksabstimmung (30.11.1919) und Staatsvertrag (14.02.1920) Bayern anschloss (01.07.1920). Das deutliche Votum für Bayern kam neben wirtschaftlichen Gründen auch deshalb zustande, weil Coburg und das Coburger Land mit seiner vornehmlich bürgerlich- konservativen Wählerschaft sich nicht mit dem zur damaligen Zeit sozialistisch regierten Thüringen vereinigen wollte.</p> <p>Die Frontstellung zwischen dem linken, im Coburger Raum vor allem der SPD und der USPD zugehörigen und dem konservativen, zunächst an DNVP und DVP orientierten, später zunehmend von völkisch- nationalistischen Tönen bestimmten Lager, beherrschte auch nach dem Anschluss an Bayern die politische Kontroverse. Sie wurde verstärkt von einer in bürgerlichen Kreisen verbreiteten Angst vor einer zunehmenden Radikalisierung der Linken, vor allem unter dem Einfluss der größeren Industrieorte des Landkreises bzw. des nahe gelegenen „roten“ Thüringen.</p> <p>Der Konflikt eskalierte erstmals am so genannten Blutsonnabend vom 3. September 1921. Als Reaktion auf das am 28. 08. 1921 erfolgte Attentat auf den Zentrumsabgeordneten und ehemaligen Reichsfinanzminister Matthias Erzberger stellten SPD und USPD den in der Situation durchaus nachvollziehbaren Antrag auf eine Kundgebung der Sympathie für die Republik und gegen den von der Bayerischen Staatsregierung verhängten Ausnahmezustand. Dem Anliegen selbst wurde von dem zuständigen Bezirksamt der Regierung von Oberfranken zwar entsprochen, allerdings mit der Einschränkung, dass, um weitere Demonstrationen zu verhüten, nach der Kundgebung auf dem Schlossplatz am Nachmittag des 03.09.1921 die Teilnehmer (einschließlich der von außerhalb zu erwartenden Sympathisanten) auf keinen Fall ihren Heimweg durch die Stadt nehmen sollten. Nachdem dies die Veranstalter, Franz Klingler von der SPD und Otto Voyer von der USPD nicht garantieren konnten, beschloss die Bezirksregierung noch in der Nacht des 02. 09. 1921 Straßensperren an den Zugängen zur Innenstadt zu errichten und zur Verstärkung der Coburger Stadtpolizei eine Hundertschaft und eine Radfahrabteilung von zusätzlich 50 Mann der Landespolizei anzufordern.</p> <p>Regierung und Polizei waren von einer Zahl von etwa 5000 Besuchern ausgegangen, zu Beginn der Kundgebung um 15.00 Uhr hatten sich allerdings nur etwa 1500 Teilnehmer eingefunden, deren Menge sich im Fortgang der Veranstaltung (u.a. durch Neugierige) auf etwa 2500 bis 3000 erhöhte. Trotz der geringeren Zahl, des friedlichen Verlaufs der Kundgebung und der Mahnungen der Redner, Ruhe und Ordnung zu bewahren, wollte die Polizei nicht von den geplanten Maßnahmen abrücken und ließ Lastwagen besetzt von schwer mit Stahlhelmen, Maschinengewehren und Stacheldraht ausgerüsteten Landespolizisten auffahren.</p> <p>Wegen des als unangemessenen und provokant empfundenen Polizeiaufgebots geriet die Frage des Durchgangs durch die Innenstadt nun zu einer Macht- und Prestigefrage. Trotz der Polizeipräsenz drängten die Teilnehmer der Kundgebung nach deren Ende in die dem Schlossplatz nahe gelegenen Seitengassen, die schnell errichteten Sperren wurden übersprungen, im Bereich der Theatergasse, der Herrngasse und des Salzmarktes kam es zu heftigen Pöbeleien, und als eine Polizeieinheit in der Großen Johannisgasse von beiden Seiten in Bedrängnis kam, ging sie mit Gummiknüppeln auf die Menge los. Bei der Rücknahme einer Absperrung zwischen Spitalgasse und Markt fielen die ersten Gewehrsalven. Die Auseinandersetzung erreichte schließlich ihren blutigen Höhepunkt, als beim Versuch, einen neuen Sperrriegel an bezeichneten Standort zu errichten, zwei Handgranaten mit den schon beschriebenen Folgen in die Menge geworfen wurden.</p> <p>Auch die nachfolgende Debatte über den „Coburger Blutsonnabend“ stand ganz im Zeichen der politischen Polarisierung. Die so genannten staatstragenden Elemente, also Regierung und Polizei unterstützt durch die bürgerlich- konservative Öffentlichkeit, suchten die Verantwortung für die Eskalation selbstverständlich in der Missachtung der polizeilichen Auflagen durch die Demonstranten. Die andere Seite konnte geltend machen, dass es sich zunächst um eine durchweg friedliche Kundgebung im republikanischen Geiste handelte (das Gedenken an Erzberger galt schließlich keinem Sozialisten aus den eigenen Reihen, sondern einem Zentrumsabgeordneten als Symbolfigur der jungen Republik!), und dass ohne die deutlich martialischen Züge des Polizeieinsatzes eine Eskalation hätte vermieden werden können.</p> <p>Fehler wurde sicher auf beiden Seiten gemacht, aber eine Bewertung aus der historischen Distanz von mehr als 90 Jahren legt doch den Schluss nahe, dass hier – wie oft in der Geschichte der Weimarer Republik – die Staatsgewalt deshalb in einer vollkommen überzogenen Form reagierte, weil es sich um Demonstranten der Linken handelte. Wie die</p>

	Ereignisse des Oktobers 1922 zeigen (s. Standort 2), konnten aggressive Republikgegnern aus dem rechten Lager mit einer weit größeren Duldsamkeit der Verantwortlichen rechnen.
Standort 2 Mohrenstraße gegenüber dem Gebäude des Kaufhof	<p>Der Auszug aus „Mein Kampf“ dokumentiert auf symptomatische Weise Hitlers propagandistischen Machtinstinkt, seine Feindbilder und die völlige Nichtachtung rechtsstaatlicher Regeln und Gepflogenheiten.</p> <p>Die rechtsgerichteten Verbände, die für den „Dritten Deutschen Tag“ verantwortlich zeichneten, unter ihnen Organisationen wie z. B. der „Bund Bayern und Reich“, der „Stahlhelm“, der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“ (DVST), der „Jungdeutsche Orden“ (JDO) oder der „Wiking- Bund“, hatten sich mit ihrer Einladung nur die Teilnahme Hitler in „einiger Begleitung“ gewünscht. Hitler war damals eine in Deutschland noch weitgehend unbekannte, vornehmlich auf die Münchner Szene beschränkte Erscheinung. Dass er die Gelegenheit sofort erkannte, und die Aufforderung zum Kommen spontan in eine großangelegte Sonderzugaktion der Münchner SA umfunktionierte, ist ein schlagender Beweis für Hitlers ausgeprägten Instinkt der propagandistischen Selbstdarstellung, die gepaart mit einer gewissen Großspürigkeit und Verantwortungslosigkeit gerade in dem durch Niederlage und Revolution traumatisierten Bürgertum gut anzukommen schien. Mit der Begeisterung, die ihm kleinen, ehemaligen Residenzstädtchen Coburg entgegenschlug, gelang es ihm über die Grenzen der bayerischen Hauptstadt hinaus bekannt zu werden und die Uniformierung der SA durchzusetzen.</p> <p>Weiterhin ist die Tatsache, dass Hitler hinter einem angeblichen Stillhalte- und Mäßigungsabkommen der Veranstalter sofort, in fast paranoider Form, den Einfluss „der dortigen Gewerkschaften beziehungsweise der Unabhängigen und Kommunistischen Partei“ wittert, ein deutlicher Hinweis auf die stereotypen Grundmuster seines politischen Feindbildes. Selbstverständlich hatte es im Vorfeld massive Bestrebungen von Republikfreunden und Sozialisten gegeben, einen nationalistisch gefärbten „Deutschen Tag“ in Coburg zu verhindern. Die von Hitler erwähnte Auflage eines Aufmarschverbotes in geschlossener Formation war jedoch nicht auf irgendwelche linksorientierten Intrigen zurückzuführen, sondern wurde von der Regierung von Oberfranken erlassen in Anwendung des nach dem Anschlag auf den Außenminister Rathenau im Juni 1922 verfügten Republikenschutzgesetzes.</p> <p>Weitere, hier nicht wiedergegebene Stellen aus „Mein Kampf“ belegen eindeutig, dass Hitler der polizeiliche Hintergrund dieser Verfügung bekannt war. Die Art und Weise wie er sich wissentlich und provokativ darüber hinwegsetzte, sind ein deutlicher Ausdruck der in nationalistisch-völkischen Kreisen verbreiteten Missachtung von Recht, Gesetz und Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen.</p> <p>Wichtig für das Verständnis der Ereignisse um den 14./ 15. Oktober ist darüber hinaus, dass Coburg als Tagungsort von den oben genannten nationalistisch- völkischen Verbänden bewusst wegen seiner Signalwirkung auf die sozialistisch orientierte Arbeiterschaft der Industriegebiete des Coburger Landkreises und des nahe gelegenen Thüringens ausgewählt worden war, in der Absicht, dem politischen Gegner einmal einen "Denkzettel" zu verpassen. Zwischen den beiden Lagern hatte es schon vorher z. T. blutige Auseinandersetzungen gegeben. Nachdem in Folge des Mordes an Außenminister Rathenau am 24. Juni 1922 eine ganze Reihe von rechten Verbänden durch das Republikenschutzgesetz unter Verbot gestellt worden waren, erhöhte das die Bereitschaft, dieses Treffen in einer Art Trotzreaktion unter allen Umständen durchzuführen. Eine heftige Gegenkampagne der sozialdemokratisch orientierten „Coburger Volkszeitung“ und Initiativen des Landtagsabgeordneten der SPD, Klingler, und des Gewerkschaftsvorsitzenden Voyer, den Deutschen Tag grundsätzlich verbieten zu lassen, führten zu keinem Erfolg. Was zumindest erreicht werden konnte, war das Verbot mit aufgerollten Fahnen und in geschlossener Marschordnung aufzutreten, eine Auflage, über die sich Hitler – wie in „Mein Kampf“ beschrieben – spontan und in provokativer Absicht hinwegsetzte.</p> <p>Da die Ereignisgeschichte des „Dritten Deutschen Tages“ in der Literatur gut aufgearbeitet ist, soll der Verlauf der Sonderzugaktion der Münchner SA hier nur kurz umrissen werden.</p> <p>Schon bei einem Zwischenaufenthalt des Sonderzuges nach Coburg am Morgen des 14. Oktober 1922 in Nürnberg kam es auf dem Bahnsteig zu antisemitisch motivierten Tötlichkeiten. Nach der provokanten Missachtung der polizeilichen Verbote durch Hitler beim Verlassen des Bahnhofsgebäudes reagierten Gegendemonstranten mit Schmähungen und Spott. Auf dem weiteren Weg der Marschkolonnen in ihr Quartier im Schützenhaus am Anger wurden daraus gewaltsame Auseinandersetzungen, in deren Verlauf sich z. B. auch die Musikkapelle der SA nicht scheute, ihre Notenständer als Waffen einzusetzen. Hervorzuheben ist, dass sich der Coburger Herzog Carl Eduard bei einer abendlichen Veranstaltung im Hofbräusaal demonstrativ hinter Hitler und seiner Leute stellte und damit der SA und der NSDAP in seiner Rolle als Respekts- und Führungsperson in Coburg den Boden bereitete. Als die Nationalsozialisten noch in der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober von ihrem Quartier aus zu einer Art „Strafaktion“ in den vornehmlich von Arbeitern bewohnten Stadtteil Ketschendorf aufbrachen, folgten schwere</p>

Zusammenstöße, bei welchen z. T. Wasserleitungsrohre und sogar Schusswaffen zum Einsatz kamen. In der Casimirstraße wurde ein schwer verletzter Arbeiter erst am Morgen des 15. Oktober aufgefunden.

Da es am Sonntag der Polizei gelang, die Lager auseinander zu halten, konnten offene Straßenschlachten vermieden werden. Eine antisemitische Aktion, bei der sich etwa 30 bis 50 SA- Leute vor dem Haus des jüdischen Kaufmanns Friedmann versammelten, ihn beschimpften und mit dem Tode bedrohen, konnte sie jedoch nicht verhindern.

Die Erfahrung dieser zwei Tage in Coburg prägte entscheidend die Strategie und das Erscheinungsbild der SA nach außen: Sie wurde zu einer speziell für Saal- und Straßenkämpfe ausgebildeten Kampftruppe der Partei. Diesem neuem Auftrag entsprach auch die Ausstattung mit den berüchtigten, sandbraunen, aus ehemaligen Tropenbeständen billig erworbenen Uniformen. Auch in Coburg hatte die Art, wie die SA an diesem Oktoberwochenende mit ihren politischen Gegnern umgesprungen war, einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen: ermuntert durch Herzog Carl Eduard gründete sich im Januar 1923 eine Ortsgruppe der NSDAP, die durch großen Zulauf schnell zu einem Machtfaktor wurde und dafür sorgte, dass die Partei schon im Juni 1929 zum ersten Mal in Deutschland eine Mehrheit im Stadtrat stellen konnte.

Die Bilder zeigen Teilnehmer des „Zuges nach Coburg“ und die Enthüllung einer Gedenktafel an den ehemaligen Hofbräugaststätten im Jahre 1942 aus Anlass des 20. Gedenkens an den Auftritt Hitlers.



2, 2 Markstein der Bewegung, Coburg 1922



Standort 3
ehem. Kaufhaus
Conitzer,
Spitalgasse 19

Gegründet wurde das Kaufhaus Moses Conitzer & Söhne im Jahre 1903, das repräsentative Gebäude Spitalgasse 19 wurde im Jahre 1908 errichtet. Organisatorisch angeschlossen war es dem Kaufhauskonzern Herman Tietz (später „Hertie“) und geleitet wurde es von den beiden Neffen des Gründers, Max Frank und Adolf Friedländer.

Die Einführung im ersten Teil dieser Ausarbeitung macht deutlich, dass die auffällige Architektur im Ensemble der umliegenden Gebäude auch als ein Ausdruck tiefgreifender, in der Stadtarchitektur wahrnehmbarer Veränderungen des Geschäfts- und Wirtschaftslebens im Kaiserreich verstanden werden kann. Es bedarf wohl keiner besonderen Hervorhebung, dass es sich dabei nicht um spezielle Erscheinungen der jüdischen Geschäftswelt handelt, sondern um allgemeine, für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg symptomatische Entwicklungszüge. Für die nationalsozialistische Propaganda war jedoch das Emporkommen größerer Handels- und Kaufhäuser ein Zeichen typisch jüdischer Ausbeutergesinnung und Raffgier. Bezeichnend für diese klischeehaft propagandistische Zeichnung des Juden als eines gewissenlosen Großkapitalisten ist der folgende Auszug aus dem nationalsozialistischen Hetzblatt „Der Weckruf“ aus dem Jahre 1927, vor allem auch in der Art, wie der Text bewusst an die Bedrohungs- und Existenzängste kleinbürgerlicher Schichten appelliert:

„Kampf gegen den Kapitalismus wollen die Massen des deutschen Volks überall. Nichts aber hält sie ab, in die Warenhäuser der jüdischen Großkapitalisten hineinzulaufen und ihre wenigen Groschen für nicht immer billige, dafür aber auch schlechtere Ware hinzulegen. Der Jude ist preiswerter heißt die lächerliche Entschuldigung jener Kreise, die immer und immer wieder ihr sauer verdientes Geld dem Warenhaus-Juden in den Schoß werfen. Von nichts und mit nichts und ohne Riesengewinne schafft man aber Paläste wie sie Leschziner, Conitzer, Zeilberger und Consorten heute besitzen bzw. errichten, nicht. Das sollte gerade der marxistischen Arbeiterschaft, die in jedem Handwerker und kleinen Geschäftsmann einen ‚Hakenkreuzler‘ sieht, zu denken geben. (...)

Dem deutschen Geschäftsmann, dem deutschen Handwerker aber rufen wir zu: Trete ein in unsere Reihen! Kämpfe mit uns den Kampf, der dein ureigenstes Interesse verfehlt! Stelle dich neben die Schaffenden aller Stände! neben deine Kundschaft! Werde Nationalsozialist! Komme herbei! Der Jude und die von ihm finanzierte Presse müssen verschwinden, dann werden alle, Arbeiterschaft. Handwerker und Geschäftsleute einig und frei.“ (Weckruf 23, 1927)

	<p>Mit dem Erstarken des Nationalsozialismus in Coburg am Ende der zwanziger Jahre wurden das Kaufhaus Conitzer & Söhne und andere Geschäfte in jüdischem Besitz immer mehr zum Objekt antisemitischer Tötlichkeiten und Angriffe. Es begann im Jahre 1929 mit der mutwilligen Zerstörung des Christbaumschmucks (s. Bericht im „Coburger Volksblatt“ vom 23.12.1929) durch einen antisemitisch gesinnten Fassadenkletterer. Die Firma Conitzer & Söhne fehlte dann natürlich auch nicht auf der langen Liste der Firmennamen, die im Aufruf der „Coburger National-Zeitung“ vom 31. März 1933 für den in ganz Deutschland am folgenden Tag vorgesehenen Geschäftsboykott genannt wurden. Dieser berückichtigte 1. April 1933 stand auch in Coburg ganz im Zeichen einer antisemitischen Pogromstimmung: Ab 9.30 Uhr wurden die Eingänge der jüdischen Geschäfte von SA- Posten blockiert, Plakate mit Aufschriften wie „Wer zum Juden geht, ist ein Volksverräter“ beherrschten das Stadtbild, und am Vormittag versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Rathaus zu einer antisemitischen Hetzkundgebung. Bürger, die auch in der Folgezeit in jüdischen Geschäften einkauften, trugen das Risiko, auf Prangerlisten öffentlich diffamiert zu werden, und zahlreiche Geschäftsinhaber bekundeten ihre „arische“ Gesinnung durch die Aufstellung von Schildern mit der Aufschrift „Deutsches Geschäft“.</p> <p>Als die Firma Conitzer & Söhne trotz der Boykottauflagen im Sommer über eine Tageszeitung eine Wurfsendung in Umlauf setzte, geriet sie noch einmal in besonderer Weise ins Kreuzfeuer nationalsozialistischer Angriffe, die – wie der folgende Auszug aus der „Coburger National-Zeitung“ vom 22. Juli 1933 zeigt – nun auch vor der öffentlichen Androhung der Einlieferung der Besitzer in ein Konzentrationslager nicht mehr zurückschreckten:</p> <p>„Die Erbitterung bei den Parteigenossen ist maßlos, und wir müssen es als eine große jüdische Frechheit bezeichnen, nachdem Parteigenossen verboten ist, jüdische Geschäfte zu betreten. Wir warnen zum letzten Mal und werden uns auch nicht scheuen, dahin zu wirken, dass solche Juden der Aufenthalt verschafft wird, welcher ihnen auf Grund ihrer Frechheit gebührt. Sie mögen sich gesagt sein lassen, dass wir uns nicht ungestraft beleidigen lassen.“</p> <p>Dass unter solchen Bedingungen ein ordentlicher Geschäftsbetrieb nicht mehr möglich war, liegt auf der Hand. Im Jahre 1935 ging die Firma Conitzer & Söhne durch Enteignung in „arischen“ Besitz über, Adolf Friedländer konnte noch auswandern, der Miteigentümer Max Frank verstarb im Jahre 1938 in Coburg. Ein ähnliches Schicksal erlitten auch andere in Coburg ansässige Kaufhäuser: Der Inhaber des Kaufhauses Fechheimer & Co verließ nach schweren Misshandlungen in „Schutzhaff“ und einem damit zusammenhängenden Krankenhausaufenthalt Coburg schon im April 1933, und nach der „Arisierung“ d. h. Enteignung von Geschäftshäusern wie des Modehauses Zeilberger, der Kaufhäuser Kohn und Tietz schloss im Jahre 1936 die 1899 gegründete Firma Leschziner als letztes jüdisches Kaufhaus in Coburg seine Pforten.</p>
<p>Standort 4 Marktplatz vor dem Eingang zum Rathaus</p>	<p><u>Ergebnisse und Folgen der Stadtratswahl von 1929:</u></p> <p>Den Nationalsozialisten gelang es tatsächlich unter Ausnutzung einer antisemitischen Stimmung und unter Betonung der sich aus der Kündigung ergebenden Opferrolle des Parteiführers Schwede ein Volksbegehren mit dem Ziel der Neuwahl des Stadtrates zu initiieren. Der Volksentscheid vom 5. Mai 1929 brachte eine Mehrheit von 6915 gegenüber 4273 für die Neuwahl des Stadtrates. Die Wahl wurde am 23. Juni durchgeführt und bescherte der Coburger NSDAP 13 von 25 Sitzen, also die erste Mehrheit in einem kommunalen Parlament in Deutschland. In einer der ersten Abstimmungen des neuen Stadtrates wurde die Wiedereinstellung des Parteigenossen Franz Schwede bei den Städtischen Werken bei gleichzeitiger Berufung in das Beamtenverhältnis beschlossen. Am 25. August 1930 fand sich eine Mehrheit zu seiner Wahl als 3. Bürgermeister, am 1. April 1931 wurde er zweiter Bürgermeister und am 31. Oktober des gleichen Jahres hauptamtlicher erster Bürgermeister. Neben einer Mehrheit im Stadtrat hatte mit diesem Tage Coburg als erste Stadt im Reich auch einen nationalsozialistischen Oberbürgermeister. Im Gedenken an die Reichsgründungsfeier wurde am 18. Januar 1931 unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und in Anwesenheit von Adolf Hitler am Rathaus eine riesige Hakenkreuzfahne gehisst, die erste ihrer Art an einem öffentlichen Gebäude in Deutschland.</p>
<p>Standort 5 Innenhof Rathaus</p>	<p>Dass zwischen den in den Augenzeugenberichten geschilderten Anfängen des unverhohlenen Terrors und den Wahlen vom 5. März 1933 ein Zusammenhang besteht, geht aus den Äußerungen der „national“ orientierten Presseorgane jener Tagen eindeutig hervor. In der „Coburger National Zeitung“ z. B. ist die Erwartung einer „Schicksalswende“, die sich mit dem Wahldatum verbindet, ein wiederkehrendes Thema. Als der Wahlausgang Hitler tatsächlich eine knappe Mehrheit beschert, steht der „Vollendung der nationalen Revolution“ (Schlagzeile in der „Coburger National Zeitung“ vom 10. 03. 33) auch in Bayern nichts mehr im Wege: Reichsinnenminister Dr. Frick setzt General von Epp als „Reichskommissar“ mit</p>

	<p>außerordentlichen Vollmachten ein, ein Vorgang, den die Coburger SA und SS am Abend des 9. März 1933 mit einem großen Aufmarsch und dem Hissen einer riesigen Hakenkreuzfahne am Rathaus feierte.</p> <p>Der Aufruf zum staatlich legitimierten Terror erfolgte sogleich am darauffolgenden Morgen mit einem Funkspruch aus München:</p> <p style="padding-left: 40px;">An die Polizeiamter und Polizeidirektionen! Ersuche sofort sämtliche kommunistischen Funktionäre und Reichsbannerführer in Schutzhaft zu nehmen. Dem Aufziehen der Hakenkreuzfahne auf öffentlichen Gebäuden keinen Widerstand entgegenzusetzen.“</p> <p style="padding-left: 40px;">(„Coburger National Zeitung“ vom 10. 03. 33)</p> <p>In treuer Erfüllung dieser Vorgaben ließ der Coburger Herzog noch am gleichen Tage eine Hakenkreuzfahne auf der Veste Coburg, dem Stammsitz seiner Vorfahren aufziehen. Die diesen Ereignissen folgenden Terrormaßnahmen richteten sich in erster Linie gegen Angehörige der KPD, der SPD und gegen die Coburger Juden. Sie wurden entweder in der schon genannten „alten Herberge“ oder in Gefängnissen und Kasernen in „Schutzhaft“ genommen, und dann in der im Hintergebäude des Rathauses eingerichteten „Prügelstube“ so genannten „Verhören“ unterzogen in der Art des im ersten Teil wiedergegebenen Augenzeugenberichtes.</p> <p>Das ganze Ausmaß und die unmenschliche Brutalität der Misshandlungen ist durch das schon genannte Prozessprotokoll des Landgerichts Coburg aus dem Jahre 1951 (Landgericht Coburg, KLS 17/50) gut belegt und wurde mit aussagekräftigen Exzerpten dem Leser zugänglich gemacht in dem verdienstvollen Buch von Hubert Fromm über die Coburger Juden auf den Seiten 60 – 68. In der Zeitspanne zwischen dem 9. März und dem 24. April 1933 wurden 150 Personen festgenommen, unter ihnen 39 Juden. 83 Coburger Bürger waren schwersten Misshandlungen ausgesetzt.</p> <p>Selbstverständlich blieben die Vorgänge in der Öffentlichkeit nicht unbemerkt. Ein Zeuge, der von seinem Haus aus in die „Prügelstube“ blicken konnte, berichtete in der genannten Gerichtsverhandlung: „In der Stube sah es furchtbar aus. Es war wie in einer Schlächtereier. Das Blut war, wie ich deutlich gesehen habe, bis an die Decke gespritzt.“ Andere Anwohner gaben zu Protokoll, dass die Schreie in der näheren Umgebung deutlich zu hören waren. Besonders schlimm soll es ausgerechnet am Karfreitag zugegangen sein. Etwas Ruhe kehrte erst wieder im Laufe des Ostersonntags ein. Zeitweise soll sogar ein Flugzeug über der Rosengasse seine Kreise gezogen haben, um mit dem Motorenlärm die Schreie der Gefolterten zu übertönen.</p> <p>Der im ersten Teil wiedergegebene Auszug aus dem Augenzeugenprotokoll von Christian Reichenbecher wirft nicht nur ein Licht auf die Unmenschlichkeit der Verhörmethoden, sondern gibt auch einen ersten Einblick in die neuen Organisationsstrukturen des Terrors. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu wissen, dass der SA und SS ab dem 2. März 1933 per Dekret des Coburger NSDAP- Kreisleiters die Aufgabe der „Notpolizei“ übertragen wurde, allerdings zunächst noch unter Leitung der staatlichen Polizei und nur beschränkt auf den Schutz öffentlicher Gebäude. Wie wir dem Protokoll entnehmen können, hatten sich aber schon in der zweiten Hälfte des März die Dinge umgekehrt: Reichenbecher berichtet, dass er von einem „SS- Sturmbannführer Rittweger in Begleitung des Polizeihauptwachmeisters Krause“ aus der Haft abgeholt wird und er zur „Vernehmung ... der SS übergeben“ wurde. Dass die staatliche Polizei nun von den „Verhören“ ausgeschlossen und zeitweise sogar entwaffnet wurde, wird auch in anderen Berichten bestätigt – ein deutliches Indiz für die im Gleichschaltungsprozess auf allen Ebenen zu beobachtende Machtverschiebung aus der Hand staatlicher Organe in die Regie der SS und damit ein charakteristisches Kennzeichen des späteren SS- Staates.</p>
	<p>Bild- und Textnachweis</p>
<p>Bilder</p>	<p>Standortfotos: Rupert Appeltshauer Standort 2, Straßenschilder und Gedenktafel: Städtische Sammlungen Erläuterungen Standort 2, Bilder: Städtische Sammlungen Coburg; Staatsarchiv Coburg, Bildsammlung VI, 9</p>
<p>verwendete Literatur</p>	<p>Erdmann, Jürgen, Coburg, Bayern und das Reich, 1918 – 1923, Coburg 1969 Fromm, Hubert, Die Coburger Juden, Coburg 1990 Schütze, Katrin/ Wolf, Jörg- Dieter, Ein Sonderzug und seine Folgen, in: Zug um Zug, die untere anlage, Heft 13, Coburg 1988, S. 27-28 Initiative Stadtmuseum (Hrsg.), Voraus zur Unzeit. Coburg und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland, Coburger Stadtgeschichte Bd. 2., Coburg 2004 Schmehle, Günther, Coburg und die Deutsche Arbeiterbewegung, Bamberg 1980</p>
<p>Kontakt</p>	<p>Rupert Appeltshauer, Probstgrund 18a, 96450 Coburg, Tel.: 09561 231149</p>